



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST
PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 52/2017

8. Mai 2014

Erfolgsstory ERASMUS: 30 Jahre internationaler Austausch

Wissenschaftsministerin Theresia Bauer: „Wissenschaft lebt vom internationalen Austausch. Baden-Württemberg ist für Erasmus-Studierende das attraktivste Ziel in Deutschland“

Universitäten Freiburg, Heidelberg und Mannheim besonders beliebt bei Erasmus-Studierenden / Wirtschafts-, Verwaltungs- und Rechtswissenschaften, Künste und Geisteswissenschaften sowie Ingenieurwesen stehen besonders im Fokus

Im 30. Jahr seines Bestehens ist Erasmus das wichtigste Programm zur Förderung des akademischen Austauschs in Europa. Seit dem Start im Jahr 1987 hat sich der Umfang des Erasmus-Programms in ganz Europa ver-66-facht: Nahmen 1987/88 noch 3.244 Studierende europaweit daran teil, waren es 2014, so die aktuellsten vorliegenden Zahlen, bereits stolze 215.538 Studierende, die vom Aufenthalt an einer anderen europäischen Hochschule profitiert haben.

„Die beachtlichen Zahlen zum akademischen Austausch zeigen ganz klar: Europa ist nicht nur ein gemeinsamer Wirtschafts- und Werteraum. Europa ist ein Wissenschaftsraum. Dass Baden-Württemberg dabei für viele junge Menschen ein begehrter Hotspot ist, freut mich besonders“, sagte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer am Montag (8. Mai) im Vorfeld des Europatags am 9. Mai.

Im Jahr 2014 kamen 4.021 internationale Erasmus-Studierende für einen Studienaufenthalt ins Land. „Damit ist Baden-Württemberg für Erasmus-Studierende das attraktivste Ziel in Deutschland, vor Bayern und Nordrhein-Westfalen - eine Position, die das Land übrigens bereits seit mehreren Jahren hält“, erklärte die Ministerin. Im selben Jahr hätten 7.014 baden-württembergische Studierende mit Erasmus+ an einer Hochschule im Ausland studiert - „im Ländervergleich sind unsere Studierenden besonders mobil und nutzen die Chance, ins europäische Ausland zu gehen“, so Bauer.

„Wissenschaft lebt vom internationalen Austausch, nur so kann Fortschritt entstehen“, betonte Bauer. Umso alarmierender wertet die Ministerin die aktuellen wissenschaftsfeindlichen Tendenzen in Ungarn: „Hier soll eine anerkannte internationale Hochschule ins Aus gedrängt werden, weil sie politisch nicht in den Kram passt.“ Es sei richtig, dass die Europäische Kommission der ungarischen Regierung die rote Karte gezeigt habe. „Wissenschaftsfreiheit ist ein zentraler Wert unserer Demokratie. Diese gilt es unter allen Umständen zu verteidigen“, betonte die Ministerin.

Baden-Württembergische Hochschulen sind Hotspots in Europa

„Unsere international renommierten und ausgezeichneten Hochschulen im Land sind Anziehungspunkte für viele junge Menschen im europäischen Ausland“, sagte Bauer. Besonders beliebt bei internationalen Erasmus-Studierenden seien die Universitäten Heidelberg, Mannheim und Freiburg mit jeweils 496, 471 und 392 „Incoming“-Studierenden im Studienjahr 2014. Die beliebteste Fächergruppe für Erasmus-Studierende in Baden-Württemberg seien die Wirtschafts-, Verwaltungs- und Rechtswissenschaften. Danach folgten Künste und Geisteswissenschaften sowie Ingenieurwesen, Herstellung und Baugewerbe.

Erasmus ist mehr als Studierendenaustausch

„Der Austausch ist bereichernd für alle Seiten. Davon profitieren auch immer mehr Lehrende und Mitarbeitende an unseren Hochschulen“, sagte die Ministerin. So habe sich das Erasmus-Programm im Laufe der Zeit auch inhaltlich stark entwickelt. Neben dem klassischen Studierendenaustausch werden inzwischen auch Auslandsaufenthalte von Lehrenden und

Verwaltungspersonal sowie „strategische Partnerschaften“ zwischen Hochschulen und gemeinsame europäische Studiengänge gefördert. 2014 gingen 480 Lehrende und 255 weitere Mitarbeitende aus Baden-Württemberg mit Erasmus an eine ausländische Hochschule.

Seit 2014 sind baden-württembergische Hochschulen in 15 unterschiedlichen Hochschulnetzwerken aktiv, die über Erasmus gefördert werden und sich mit Lehrkooperationen, Entwicklungszusammenarbeit, unternehmerischem Handeln oder der europäischen Integration beschäftigen.